

Aus dem  
SüdkreisW. Siebert  
05751-2566  
S. Pöschel  
05761-2131

Rehburg-Loccum



Steinfurth



Sotternau



Löhse



Höxter



## Möglicher Sondermüllstandort an der Landesgrenze nahe der Giftmülldeponie Münchehagen

### Nacht- und Nebelaktion des Regierungspräsidenten Detmold?

Wiedensahl / Rehburg-Loccum (re). Schweres Geschütz gegen den Regierungspräsidenten (RP) Detmold: Als »geheime Kommando-sache« bezeichnen Vertreter der Stadt, der BUND Petershagen und die Gemeinde Wiedensahl das bereits abgeschlossene Vorerkundungsverfahren der Bezirksregierung Detmold über zwei mögliche Standorte für Sondermülldeponien: eine nördlich von Wiedensahl direkt an der Landesgrenze, die andere südöstlich von Quetzen. Der RP wehrt sich mit dem Hinweis gegen die Vorwürfe, während der Vorerkundung seien Öffentlichkeit und Oberkreisdirektoren über das Verfahren unterrichtet worden. Demgegenüber hieß es in einer gestrigen Pressekonferenz in Rosenhagen, weder Gemeinde, Stadt noch Kreis Minden-Lübbecke seien informiert worden.

Das Institut für Wasser- und Bodenschutz der Deutschen Montan Technologie (DMT) Essen hat 37 Suchbereiche im Regierungsbezirk Detmold auf ihre geologische, hydrogeologische, ökologische und raumplanerische Eignung untersucht und bewertet. „Mit der Ausweisung von sieben als geeignet eingestuften möglichen Standortflächen als Teile von Suchgebieten, die einer Standorthaup-terkundung unterzogen werden sollen, ist inzwischen die Vorerkundung abgeschlossen“, so der RP Detmold. Zwei der Flächen liegen bei Wiedensahl und Quetzen. Bei vier im Kreis Höxter liegenden Standorten sind weitere Untersuchungen angeordnet worden - nicht aber bei denen an der Landesgrenze.

Politiker, BUND und Bürger in den benachbarten Kommunen sowie die Rehburg-Loccumer Arbeitsgemeinschaft »Bürger gegen Giftmüll« machen mobil. Petershagens Bürgermeister Wilhelm Krömer erklärte in Obereinstimmung mit Vertretern der Gemeinde Wiedensahl, betroffenen Grundeigentümern und dem BUND: Niemand kenne die Ausmaße der Deponie, weder Planungen noch die Suchkriterien der bisherigen Standortauswahl. Krömer hält es daher für möglich, daß noch weitere Standorte im Kreis Minden-Lübbecke zur Auswahl stehen. „Das ist ein klarer Verstoß gegen demokratische Grundsätze“, kritisiert er und verlangt vom RP Detmold klare Aussagen.

Krömer und Wolfgang Batermann (BUND Petershagen) weisen nachdrücklich darauf hin, daß die Stadt Petershagen und der Werksausschuß des Abfallentsorgungsbetriebs Minden-Lübbecke (AML) von einer Pressemitteilung des RP Detmold am vergangenen Freitag über-

rascht worden seien, in der dieser die »Geheimniskrämerie« in Abrede stellt. Alle Parteien im Kreistag Minden-Lübbecke hätten sich gegen das Vorgehen des RP Detmold ausgesprochen. Von einem glatten Vertrauensbruch sei die Rede gewesen, hieß es.

Heinrich Bredemeyer von der Rehburg-Loccumer Initiative »Bürger gegen Giftmüll« und Krömer verwiesen auf die Ergebnisse der Lenkämistudie im Raum Petershagen, die sich mit der Beeinträchtigung der Gesundheit wegen der Giftmülldeponie Münchehagen und dem Kraftwerk Lohde beschäftigt hatte (DIE HARKE berichtete). Dies positiven Resultate zeien dem RP Detmold bekannt. Von daher sei eine Standortvorauswahl in der Nähe der SAD Münchehagen nicht zu fassen.

Während einer Tagung »Toxikologie« an der Akademie Loccum vor etwa zwei Jahren wurde der Großraum um die SAD Münchehagen mit dem Ergebnis betrachtet, daß die Geologie unterhalb der beiden möglichen Standorte an der Landesgrenze nicht anders aussähe als der Untergrund in Münchehagen. Bekanntermaßen nahm die Stadt Petershagen die Vorgänge um die SAD Münchehagen zum Anlaß, ihr Wasserwerk »Ila« wegen vermalteter Gefährdungen durch die SAD stillzulegen. Beide jetzigen Suchräume liegen nach dem jetzigen Kenntnisstand im Zustrombereich dieses Wasserwerkes.

Rehburg-Loccums Bürgermeister Hans Eibers zeigte sich erschrocken über das mangelnde Fingerspitzengefühl des RP Detmold, zumal dieser an den Münchehagen-Gremien beteiligt und daher über die Problematik dieser Deponie informiert sei.

# Widerstand formiert sich

## Bildung einer „Bürgerinitiative gegen Deponie“

**Petershagen-Rosenhagen (GB)** - Die Petershäger haben noch Glück im Unglück gehabt: Nur durch eine Indiskretion des Bezirksplanungsrats erfuhren sie jetzt von den Plänen, eventuell bei Rosenhagen oder Quetzen eine Sondermülldeponie zu errichten. Wäre es nach dem Regierungspräsidenten gegangen, hätte es erst im Dezember Informationen gegeben.

Jetzt formiert sich, wie gestern in einer Pressekonferenz des spontan gebildeten Initiativ-Ausschusses unter Leitung von Peter Thiele bekannt wurde, in den betroffenen Gebieten Widerstand. Am kommenden Freitag wird in der Lahder Sporthalle um 19 Uhr eine Bürgerinitiative gegründet.

Heftig kritisiert wurde gestern das Verhalten des Regierungspräsidenten. Er habe „die Katze noch nicht aus dem Sack gelassen“. Bisher erhielt niemand Detaildaten über Größe, Klassifizierung und

Lagerkapazität der Deponie geschweige denn über die Auswahlkriterien für die Standorte.

Als Vergleich zog Thiele die Sondermülldeponie im Regierungsbezirk Arnsberg heran. Dort werden auf 25 Hektar Deponiefläche und in einer Stapelhöhe von 40 Metern 3,1 Millionen Tonnen Giftmüll gelagert. Täglich fahren Lkw 800 Tonnen Müll an. Investiert wurden dort 800 Millionen Mark bei einer Bauzeit von zehn Jahren. Die Betriebszeit beträgt 20 Jahre. „Der Giftmüll wird trotz hochentwickelter Technik eine Altlast von morgen sein.“

Von den sieben potentiellen Standorten wird einer in die Hauptuntersuchung kommen, dem sich Umweltverträglichkeitsprüfung und Planfeststellungsverfahren anschließen. Daß die Petershäger noch während des Planfeststellungsverfahrens Einspruch erheben können, bezeichnete Thiele als „bloße Augenwischerei“.